

"Materialien und Berichte" der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle
(Projektgruppe im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg)
Leitung: Professor Dr. Max Wingen

Heft 9

Generative Entscheidungen im
Spannungsfeld zwischen indivi-
dueller und gesellschaftlicher
Rationalität - eine Heraus-
forderung an eine zukunfts-
orientierte Familienpolitik

von Max Wingen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg
Stuttgart 1983

V o r w o r t

Im Laufe des Jahres 1983 hatte der Verfasser mehrfach Gelegenheit, Fragen der Geburtenentwicklung und der ihr zugrundeliegenden gewandelten Einstellungen und Entscheidungen im generativen Bereich in Referaten zu behandeln, so auf einer Bundestagung des Diakonischen Werkes im April 1983 in Stuttgart sowie auf Fachtagungen der Politischen Akademie Eichholz b/Bonn im April und September 1983. Dabei standen - unmittelbar aus dem genannten Themenkreis folgend - auch Fragen einer demographischen Akzentuierung der Familienpolitik zur Diskussion. Hat diese sich etwa damit abzufinden, daß unsere Gesellschaft - scheinbar zwangsläufig - in eine "post-industrielle" Phase hinübergleitet, in der das Fruchtbarkeitsniveau der deutschen Bevölkerung dauerhaft, strukturell hinter dem "replacement level" zurückbleibt, und dies in dem heute anzutreffenden Ausmaß?

Fragen einer auch demographischen Akzentuierung der Familienpolitik, die ja auf die gesamte Breite familialer Grundleistungen (einschließlich der Sicherung der Generationenfolge) ausgerichtet ist, werden inzwischen offenbar wieder unvoreingenommener gesehen und erörtert als noch vor wenigen Jahren. Allerdings hat sich inzwischen auch noch stärker die Auffassung Bahn gebrochen, daß Familienpolitik alles vermeiden muß, was als manipulative, d.h. die freie Entscheidung junger Paare für Kinder mehr oder weniger außer Kraft setzende Beeinflussung wirkt, und daß vor allem monoinstrumentelle Reaktionen der Familienpolitik ebensowenig problemangemessen wären wie das veränderte generative Verhalten monokausal erklärt werden kann. Zu dem Bündel integrativ geplanter Maßnahmen einer systematischen Familienpolitik gehört dabei auch die Gewährleistung einer demographischen Information und Bildung - eine Aufgabe, die in der Bundesrepublik Deutschland kaum in Umrissen gesehen wird.

Die zusammengefaßt referierten Ergebnisse, davon ausgehenden Überlegungen und familienpolitischen Erwägungen werden hiermit in die "Materialien und Berichte" aufgenommen, so daß sie auch einer breiteren Fachöffentlichkeit zugänglich sind,

nicht zuletzt auch den Mitgliedsverbänden des Landesfamilienrats Baden-Württemberg. Entsprechend dem ursprünglichen Charakter der Materialdarbietung bleibt die Darstellung von einem bibliographischen Apparat weitestgehend entlastet. Am Schluß findet der Leser indessen einige Hinweise auf ausgewählte weiterführende Arbeiten, an die auch der vorliegende Überblick teilweise anknüpft.

Dezember 1983

M. W.

III

Inhaltsverzeichnis

	Seite
(1) Die Entwicklung des generativen Verhaltens im Übergang zu den 80er Jahren	2
(2) Eine Zwischenbilanz zum besseren Verständnis des veränderten generativen Verhaltens	6
(3) Bedeutung für eine auch demographisch akzentuierte, generationensolidarische Familienpolitik	18
Weiterführende Literaturhinweise	29

"Generative Entscheidungen im Spannungsfeld zwischen individueller und gesellschaftlicher Rationalität - eine Herausforderung an eine zukunftsorientierte Familienpolitik"

"Das Individuum sieht sich immer wieder vor Alternativen gestellt, und es ist frei, unter einer Reihe von Möglichkeiten nach seinem Gutdünken zu wählen. Die Kulturordnung setzt lediglich den für jede dieser Möglichkeiten geltenden "Preis" fest. Sobald das Individuum sich für eine bestimmte Möglichkeit entscheidet, muß es auf andere Dinge verzichten... Die Kinderzahl wird also nicht durch die Kulturordnung, sondern durch eine rationale Entscheidung im Rahmen der Kulturordnung bestimmt".

Diese schon über zwanzig Jahre alte Feststellung von Andreas Miller in seiner Schrift über "Kultur und menschliche Fruchtbarkeit" (1962) mag als ein geeigneter, freilich im Verlauf der Darstellung noch einmal zu überprüfender Einstieg in die vorgegebene Thematik dienen. Das Thema selbst enthält dabei sowohl einen analytischen Aspekt, bei dem es um den Sachverhalt des veränderten generativen Verhaltens von Ehen sowie dessen Gründe und Hintergründe geht, als auch einen familienpolitischen Aspekt, der auf die Notwendigkeit, Möglichkeit und Grenzen einer auch demographisch akzentuierten Familienpolitik abzielt. Die damit bezeichneten Problemkreise sollen in den folgenden drei Schritten behandelt werden:

- (1) Zunächst wäre zu fragen, ob und inwieweit das hinreichend bekannte Phänomen des hochsignifikanten Wandels im generativen Verhalten heute überhaupt noch aktuell ist oder ob sich die Entwicklung nicht längst wieder umgekehrt und einen sehr viel günstiger einzuschätzenden Verlauf genommen hat. Insofern interessiert vorweg ein kurzer Blick auf die jüngste tatsächliche Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Sodann ist eine (Zwischen-) Bilanz des gegenwärtigen Forschungsstandes zur Erklärung des veränderten Geburtenverhaltens angezeigt, denn nur auf einer einigermaßen sicheren Erkenntnisbasis kann versucht werden, diesen Aspekt der generativen Leistungen von Familien mit in den Entwurf einer künftigen Familienpolitik hineinzunehmen. Wirklichkeit läßt sich bekanntlich nur gestalten, wenn sie ausreichend erklärt werden kann. Systematische Familien-

politik muß - in Orientierung an übergreifenden gesellschaftspolitischen Leitvorstellungen - die Struktur und die gesamte Leistungsbreite der Familien im Blick haben, die institutionelle Seite ebenso wie die Lebensentfaltung der einzelnen Familienmitglieder. Familie als gesellschaftliche Einheit gründet sich maßgeblich auf dem Gedanken der Elternschaft, (die freilich nicht auf eine rein biologische Elternschaft verengt werden darf!). Demgemäß reichen familiäre Bindungen auch über bloße persönliche Zuneigung hinaus.

- (3) Auf diesem Hintergrund schließlich sind dann einige Ansatzpunkte einer auch demographisch akzentuierten Familienpolitik zu bezeichnen. Daß damit Familienpolitik nicht zur "Dienstmagd" einer Bevölkerungspolitik degradiert wird, sollte dabei ebenso einsichtig sein wie die relative Eigenständigkeit auch einer bevölkerungsbewußten Politik, die richtig verstanden ihre eigenen Problemfelder hat und in einem gesellschaftspolitischen Gesamtentwurf einen begrenzten, wenn auch nicht unumstrittenen Platz beanspruchen kann.

(1) Die Entwicklung des generativen Verhaltens im Übergang zu den 80er Jahren

In den letzten Jahren ist es deutlich ruhiger geworden um das generative Verhalten, das - auf dem Hintergrund einer säkularen Entwicklung - seit den 60er Jahren einen weiteren großen Veränderungsschub erfahren hat. (Unter dem "generativen Verhalten" werden in der Regel die Verhaltensweisen von Menschen verstanden, die deren Fortpflanzung betreffen; das generative Verhalten enthält damit seinerseits verschiedene Verhaltensweisen, die die Geburt bzw. Nicht-Geburt von Kindern innerhalb oder außerhalb von Ehen zur Folge haben. Zu den fortpflanzungsrelevanten Verhaltenskomponenten gehört neben der Regelung von Zahl und zeitlichem Abstand der Geburten auch das Heiratsverhalten.) Unsere Gesellschaft hat sich scheinbar oder tatsächlich mit einem relativ sehr niedrigen Fruchtbarkeitsniveau in einem Maße abgefunden, das noch vor einem Jahrzehnt kaum vorstellbar gewesen wäre. Hat die bisherige Entwicklung (mit mehr oder weniger großen jähr-

lichen Geburten-"defiziten" in der deutschen Bevölkerung) sich etwa längst gefangen, und zwar ohne Besorgnisse zu hinterlassen? Hat sie sich eventuell sogar umgekehrt?

Daten aus den allerletzten Jahren über mehr oder weniger ausgeprägte Anstiege in den Zahlen der Lebendgeborenen könnten darauf schließen lassen, daß sich die bisherige Entwicklung zum Besseren gewendet habe. Was beobachten wir tatsächlich? Was ist der jüngste demographische Ausgangsbefund für eine familienpolitische Auseinandersetzung mit der Frage nach den Entscheidungen für oder gegen Kinder, die sich in eine unverkennbare Konkurrenz zu anderen Lebenszielen gerückt sehen?

Demographische und verhaltensbedingte Komponenten der Geburtenentwicklung 1982 im Vergleich zu 1978

Lebendgeborene		Veränderung insgesamt		davon durch Veränderung			
				der demographischen Komponente		des generativen Verhaltens und des Anteils verheirateter Frauen	
1978	1982	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
576 468	621 173	44 705	+ 7,8	28 278	+ 4,9	16 427	+ 2,9

Prozentuale Aufteilung der Komponenten der Geburtenentwicklung an der Veränderung der Lebendgeborenenzahlen zwischen 1978 und 1982 (in %)

demographische Komponente (Altersstruktur)	verhaltensbedingte Komponente (generatives Verhalten einschl. Heiratsverhalten)	Veränderung insgesamt
63	37	100

Fassen wir das Ergebnis - im Anschluß auch an die vorstehende tabellarische Übersicht - kurz zusammen:

- Tatsächlich ist die absolute Zahl der Lebendgeborenen im Bundesgebiet von 1978 (bisheriger Tiefstpunkt) bis 1982 um 7,8 % angestiegen (BW: + 11,5 %). Dafür kommen ursächlich jedoch sehr unterschiedliche Faktoren (Komponenten) in Betracht, nämlich sog. demographische Faktoren (bes. Jahrgangsstärke) und sog. nicht-demographische Faktoren, die sich auf das eigentliche Geburtenverhalten (und Heiratsverhalten) beziehen.
- In dieser differenzierten Sicht lassen sich (von den 7,8 % Anstieg der Lebendgeborenenzahlen) 4,9 %, also knapp 2/3, auf die demographische Komponente zurückführen, d.h. auf die gestiegene Zahl der Frauen zwischen 15 und 44 Jahren und deren veränderte Altersgliederung. Die restliche Zunahme von insgesamt 2,9 % in den Jahren von 1978/82 beruht auf der verhaltensbedingten Komponente (Geburten- und Heiratsverhalten). Da aufgrund einer leicht gestiegenen Heiratshäufigkeit - im Bundesdurchschnitt im betrachteten Zeitraum um etwa 9 % - und einer andererseits überproportional angestiegenen Scheidungshäufigkeit die Gesamtzahl der Ehen in dieser Altersgruppe zurückgegangen ist, hätte insoweit die Lebendgeborenenzahl sinken können. Der tatsächliche Anstieg um 2,9 % bringt damit das veränderte generative Verhalten "im engeren Sinne", also das veränderte Geburtenverhalten, noch nicht voll zum Ausdruck. Aber auch die etwas höhere prozentuale Veränderungsrate für den Gesamtzeitraum 1978/82 ändert nichts Entscheidendes an der weit unter dem replacement-level liegenden sog. Nettoreproduktionsziffer (1981= 0,67).
- Die zu beobachtende geringfügige positive Veränderung des generativen Verhaltens im engeren Sinne kann nicht auf die Geburtenentwicklung bei der ausländischen Bevölkerung zurückgeführt werden. Dort hätte man z.B. für Baden-Württemberg aus demographischen Gründen einen Anstieg der Geburtenzahlen erwarten müssen; tatsächlich sind sie jedoch zurückgegangen. Das bedeutet, daß das generative Verhalten bei den Ausländern eindeutig auf geringere Kinder-

zahlen in den Ehen gerichtet ist (Anpassungsprozeß!). Die hier für Baden-Württemberg - den Flächenstaat mit der höchsten Ausländerdichte (1981 : 10 %) - herangezogenen Ergebnisse werden durch ähnliche Untersuchungsergebnisse für NRW bestätigt und lassen sich im Prinzip auf das Bundesgebiet übertragen.

- Die Entwicklung im betrachteten Zeitraum im Übergang zu den 80er Jahren ist indessen nicht durch eine - wenn auch noch so geringfügige - durchgängig aufwärtsgerichtete Tendenz gekennzeichnet. Dies zeigt bereits der erneut absolute Rückgang der Zahl der Lebendgeborenen im Bundesgebiet von 1981 auf 1982 (././ 0,5 %). Da aus Gründen der Altersstruktur (Jahrgangsstärken im Heiratsalter) die Zahl der Lebendgeborenen noch weiter hätte ansteigen müssen (um ca 1-1,5 %), bleibt nur das Ergebnis, daß das nach 1978 vorübergehend leicht aufwärtsgerichtete Geburtenverhalten von 1981 auf 1982 erneut nach unten abgeknickt ist. Diese Entwicklung hat sich auch im Jahre 1983 fortgesetzt (Jan.-Aug. 1983 gegenüber Vergleichszeitraum des Vorjahres: ././ 3,3 %).

Fazit: Die besorgniserregende demographische Situation in der deutschen Bevölkerung besteht somit weiterhin; diese Beurteilung gilt auch dann, wenn man nicht unbedingt eine quasi-stationäre Bevölkerungsentwicklung (NRR langfristig um 1,0) favorisieren möchte, sondern eine leicht rückläufige (aber möglichst stetige) Bevölkerungsentwicklung akzeptieren würde. Tatsächlich liegt das Fruchtbarkeitsniveau in der deutschen Bevölkerung auch zu Beginn der 80er Jahre um mehr als 30 % unterhalb des replacement-level. Entweder hätte man es also auf längere Sicht mit einem radikalen Schrumpfungsprozeß zu tun, der heute mit vorprogrammiert wird. Oder es käme im Anschluß an nach wie vor relativ sehr niedrige Fruchtbarkeitswerte in späteren Jahren bei dann nachhaltigen Umbrüchen nach oben zu neuen, gegenüber heute umgekehrt gelagerten demographischen Strukturproblemen mit einer neuen "Erbschaft sozialer Probleme für Jahrzehnte" (B. Berelson). Der demographische Aspekt ist somit schon allein unter dieser Rücksicht weiterhin im Konzept einer systematischen Familienpolitik angemessen mit zu bedenken.

(2) Eine Zwischenbilanz zum besseren Verständnis des veränderten generativen Verhaltens

Die Frage nach den Ursachen für das veränderte generative Verhalten, also für die in den letzten 15 - 20 Jahren deutlich weiter zurückgegangenen Kinderzahlen in den nachrückenden Ehejahrgängen ist bisher nicht wirklich befriedigend beantwortet. Kontroverse Antworten tragen manchmal mehr zur Verwirrung bei als zur Erklärung dieses epochalen Phänomens. Gleichwohl haben die vielfältigen Bemühungen in der deutschen wie auch ausländischen bevölkerungswissenschaftlichen Forschung eine Reihe von Einsichten zutage gefördert, die inzwischen als mehr oder minder gesichert gelten können und auch für familienpolitisches Handeln wichtige Orientierungsmarken setzen. Mehr stichwortartig läßt sich dieser Forschungsstand wie folgt zusammenfassen:

1) Das generative Verhalten der Paare ist offensichtlich nicht rein biologisch bestimmt, es ist sozial überformt und im historischen Prozeß Wandlungen unterworfen. Ob es je eine geschlossene, interdisziplinär fundierte Theorie des generativen Verhaltens, die die eingetretenen Veränderungen überzeugend zu erklären vermöchte, geben wird, mag dahingestellt bleiben; werden doch die hier interessierenden Entscheidungen zum Teil von unbewußten Vorgängen gesteuert, die sogar der Selbstbeobachtung nicht unmittelbar zugänglich sind (so z.B. Dritter Familienbericht, 1979).

Unzulässig erscheint auf jeden Fall eine monokausale Erklärung, wie sie immer wieder zur durchgängigen Begründung in der Gesellschaft über den Zeitablauf hinweg versucht worden ist. Sehr viel eher müssen die relativ sehr niedrigen Fruchtbarkeitswerte innerhalb der deutschen Bevölkerung als das Ergebnis des Zusammentreffens mehrerer Gruppen von untereinander in Beziehung stehenden Bestimmungsfaktoren gesehen werden. Bei den Versuchen einliniger Ursachenerklärung werden im Grunde Einzelaspekte aus einem Geflecht vielfältiger individueller und familialer Daten auf der Mikroebene und gesellschaftlicher Daten auf der Makroebene herausgelöst und zu der "Ursache" des zu erklärenden Phänomens hochstilisiert. Zwar werden damit Einflußfaktoren im generativen Entscheidungsprozeß mehr oder minder genau getroffen, aber letzterer wird nicht überzeugend erklärt.

2) Die verschiedenen Bestimmungsfaktoren haben nicht nur ein bisher nicht genauer quantifiziertes Gewicht; dieses Gewicht verändert sich offenbar auch im Zeitablauf (u.a. Einfluß des "Kohortenschicksals") und weist darüber hinaus sozialschichtenspezifische, gruppenspezifische und - damit in gewissem Zusammenhang stehend - regionale sowie nicht zuletzt persönlichkeitspezifische Unterschiede auf. Wie die einzelnen Faktoren miteinander verbunden sind, bildet dabei eine zusätzliche Unbekannte im gegenwärtigen Wissensstand. Dabei sei bereits an dieser Stelle daran erinnert, daß erfahrungsgemäß bei den verschiedenen Ursachenanalysen und erst recht bei den vorgenommenen Gewichtungen der einzelnen Faktoren in der tagespolitischen Diskussion immer wieder die Gefahr besteht, daß unterschiedliche Interessen mit einfließen, die von erwünschten Handlungs- bzw. Nichthandlungskonsequenzen her bestimmt sind!

Im längerfristigen sozialgeschichtlichen Prozeß, in den sich der weitere Geburtenrückgang der letzten Jahre einordnet, sind auf der einen Seite verschiedene Gründe entfallen, die eine eher größere als kleinere Kinderzahl der Eltern bedingten (z.B. familienwirtschaftliche Bedeutung von Kindern bis hin zur Altersversorgung; frühere hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit; Fruchtbarkeitsgebote der Kirchen). Zugleich hat sich - und zwar nach dem 2. Weltkrieg nochmals in deutlich verstärktem Maße - eine Reihe von Bedingungen herausgebildet, die es den einzelnen wünschenswert erscheinen lassen, eher weniger als viele Kinder zu haben, vielleicht sogar trotz Verheiratung ganz kinderlos zu bleiben (z.B. subjektiv stärker empfundene und teilweise objektiv vergrößerte wirtschaftliche Benachteiligungen bei Vorhandensein mehrerer Kinder, wie sie in familiensoziologischen und familienökonomischen Untersuchungen vielfältig nachgewiesen worden und schon sehr früh zum Ausgangspunkt familienpolitischer Hilfsmaßnahmen gemacht worden sind; weit größere Anforderungen an die Mobilität im modernen Erwerbssystem, die durch Kinder eher beeinträchtigt wird; gesteigerte Anforderungen an das Ausbildungsniveau im arbeitsteiligen und hochspezialisierten Produktionssystem, das für weniger, aber besser ausgebildete Kinder den sozialen Aufstieg eher ermöglicht; zunehmende Berufsorientierung auch von verheirateten Frauen). Schließlich sind Wünsche in Richtung auf eine Beschränkung

der Kinderzahl aufgrund grundlegend erweiterter Möglichkeiten der Geburtenregelung auch zugleich leichter und wirkungsvoller realisierbar geworden. Moderne Techniken der Geburtenverhütung sind und bleiben gewiß auf der instrumentellen Ebene angesiedelt, aber sie stellen eine besonders günstige Bedingung dar, unter der sich wohl erstmals in der Geschichte der Menschheit Sexualität und Zeugung von Nachkommenschaft in so radikaler Weise voneinander haben trennen lassen. Hier findet in gewissem Sinne ein alter Menschheitstraum Erfüllung; denn der Wunsch, die Nachkommenschaft zu beschränken, ist so alt wie die Menschheit selbst und läßt sich soweit in die Vergangenheit zurückverfolgen, wie die anthropologische Forschung ihr Licht wirft.

3) Das generative Verhalten ist in hohem Grade von Werten und Normen besetzt, wobei hier Normen als handlungsrelevante Standards (Werte) mit Sanktionscharakter verstanden werden. Auf einer normativen Ebene orientiert sich das generative Verhalten der Eltern (als den "Akteuren") im einzelnen an sozialen, kulturellen und motivationalen Normen, wie sie sich im Sozial- und Kultursystem einer Gesellschaft sowie im jeweiligen Persönlichkeitssystem konstituieren. Noch so perfekte Mittel der Geburtenregelung allein vermögen das veränderte generative Verhalten nicht zu erklären. (Interessant ist in diesem Zusammenhang die These mancher Bevölkerungswissenschaftler, auch ohne Erfindung der Ovulationshemmer ("Pille") wäre es - wenn auch vielleicht etwas abgeschwächter - zu einem weiteren Schub im langfristigen Prozeß des Geburtenrückgangs gekommen.) Zu der Bereitstellung der praktisch perfekten Mittel der Geburtenregelung mußte eine gewandelte Grundeinstellung der einzelnen Paare hinzutreten, von diesen Mitteln auch Gebrauch zu machen. Und sie trat hinzu oder vielleicht besser: sie hatte sich bereits ausgebildet und wartete auf die Bedingung ihrer Ermöglichung im praktischen Vollzug. So könnte man auch versucht sein zu sagen, die Pille mußte erfunden werden, weil die Zeit dafür reif war.

Der Wandel der generativen normativen Vorstellungen ist unverkennbar, aber wie er letztlich zustande kommt, dieser eigentlich interessante Vorgang bleibt bisher nur unzulänglich geklärt. Genauere Ein-

sichten fehlen in dieser Hinsicht ebenso wie zu der Frage, wie sich bestimmte gesellschaftliche Strukturveränderungen konkret in verändertes generatives Verhalten umsetzen. Unverkennbar freilich ist die völlig neue Entscheidungssituation hinsichtlich des Kinderhabens. Etwas überspitzt: Nicht die Entscheidung gegen ein Kind wird für das einzelne Paar zum Problem und erfordert eine bestimmte Verhaltensänderung, sondern die Entscheidung für ein (weiteres) Kind setzt eine Durchbrechung vorausgegangener Verhaltensweisen mit bewußter Einstellungskorrektur voraus - eine auch psychologisch völlig veränderte Entscheidungslage.

4) Weithin gilt die Ausprägung hochindustrialisierter Lebensbedingungen - im Blick auf weniger entwickelte Gesellschaften wird auch gerne vom Prozeß der "Modernisierung" gesprochen - als ein Wurzelgrund für das veränderte generative Verhalten. Versuche, die Entwicklung einseitig einem hoch- und spätkapitalistischen Wirtschaftssystem mit ausgeprägter, auch über wirtschaftliche Austauschprozesse hinaus das gesamte menschliche Leben bedingender und verseuchender Rechenhaftigkeit bzw. "Wirtschaftsrationalität" anzulasten, erweisen sich spätestens seit dem Zeitpunkt als unzulänglich, als auch sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme mit ähnlichen demographischen Prozessen konfrontiert sind. Es scheint also der hohe Industrialisierungsstand als solcher zu sein, der mit seiner arbeitsteiligen und hochspezialisierten Produktion und Distribution dem Fruchtbarkeitsrückgang zugrunde liegt, nicht aber speziell eine den unterschiedlichen Wirtschaftssystemen je eigene Organisation des Warenaustausches.

Ein "Rationalisierungsprozeß" (in dem Tendenzen der Entfremdung und Entpersönlichung des einzelnen auf den Begriff gebracht werden) greift offensichtlich über die Grenzen von Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen hinweg. Diesseits wie jenseits solcher Systemgrenzen tritt die Entscheidung für Kinder, die ja stets eine sich relativ auswirkende langfristige Entscheidung darstellt, in Konkurrenz zu anderen Lebensinhalten. Diesseits wie jenseits solcher Systemgrenzen haben wir es im Bereich des generativen Verhaltens auch über die verschiedenen Sozialschichten hinweg im Vergleich zu den ersten Jahr-

zehnten unseres Jahrhunderts mit einer sehr viel stärker bewußten Entscheidung für oder gegen Kinder zu tun. Im Grunde konnte sich auch erst mit dieser bewußteren Entscheidung so etwas wie ein "Kinderwunsch" des einzelnen herausbilden. In der vorindustriellen Agrargesellschaft hätte ein Ehepaar die Frage nach der Zahl der gewünschten Kinder im heutigen Verständnis wohl kaum verstanden, weil die Frage nach mehr oder weniger Kindern weitestgehend außerhalb des individuellen Entscheidungshorizontes lag.

5) In dem Maß, in dem angesichts veränderter situativer Bedingungen eine "rationale" Steuerung menschlicher Fruchtbarkeit unter dem Einfluß neuer wertbesetzter Lebensorientierungen eine deutlich geringere Kinderzahl zur Folge hat, ein vernunftgemäßes Verhalten in der Weitergabe des Lebens also eine noch sehr viel geringere Ausschöpfung der biologischen Fruchtbarkeit in der Ehe als vordem erfordert, vergrößern sich die Spielräume für die Verwirklichung anderer Lebensziele, d.h. es geht nicht nur um die Durchsetzung radikal alternativer Lebensentwürfe zu Familie und Kinderhaben, die es im Prinzip übrigens immer schon gegeben hat, sondern gerade auch um die Verwirklichung von Lebensentwürfen, in denen neben Kindererziehung (Elternschaft) gleichzeitig - zumindest auf die gesamte Lebensablaufperspektive des einzelnen hin gesehen - auch andere Lebensziele ungleich stärker in den Vordergrund rücken. Neue Leitbilder und Orientierungsmuster - begünstigt durch die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung - greifen jedenfalls Platz. Es kommt zu einer Art "Konkurrenz" des Wunsches nach Kindern mit anderen Wünschen und Plänen hinsichtlich der persönlichen Lebensgestaltung. Besonders deutlich ist dies gegenwärtig bei jungen Frauen im Spannungsfeld von Erwerbstätigkeit und Familienleben sichtbar. Was für breiteste Kreise der heutigen Frauengeneration als eine Art "Nachholeffekt" besonders durchschlägt, gilt indessen ganz allgemein: Eine Industriegesellschaft mit hohem Lebens- und Bildungsniveau bietet mehr Möglichkeiten zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit als ehemals, damit aber auch mehrfache Alternativen zum Bedürfnis, Kinder zu haben.

In der ausländischen Forschung ist auf diesem Hintergrund schon vor Jahren ein bemerkenswerter sozialpsychologischer Erklärungsansatz zum

Rückgang der Kinderzahlen in den Ehen entwickelt worden (C.H. Day und A. Taylor-Day, 1969). Danach stehe die Größe der Familie in deutlicher Abhängigkeit von der Wahrscheinlichkeit, Alternativen zu haben zur Befriedigung von Interessen, die der einzelne durch Kinder befriedigen kann. Bieten sich viele solche mit Wertvorstellungen besetzte Alternativen an, so ist die Kinderzahl kleiner, gibt es weniger, ist sie größer. Bildung, so könnte man ergänzen, erhöht ganz allgemein die Kenntnis von Alternativen und fördert die Ausprägung eines höheren Anspruchsniveaus.

Es liegt nahe, daß die Forschungsbemühungen um die Aufhellung der näheren Ursachen und Bedingungen des veränderten generativen Verhaltens in dieser Sichtweise verstärkt individual- und sozialpsychologische Fragestellungen aufgegriffen haben, ohne daß diese Motivationsforschung bisher allerdings voll befriedigen könnte. Besonders hilfreich kann dabei ein allgemeinerer psychologischer Ansatz zur Erklärung menschlicher Verhaltensweisen sein, der vom Verhältnis von Motiven zu Barrieren (oder "Hemmnissen") ausgeht. Bei diesem Denkmuster, das von erheblichem heuristischen Wert sein kann, bleibt freilich zu bedenken, daß es offensichtlich unterschiedliche "Typen generativer Entscheidung" mit je spezifischen Lebensleitvorstellungen gibt, für die das Verhältnis von Motivation und Barrieren bei objektiv gleichen Lebensbedingungen ("Barrierrhöhe") unterschiedliche Handlungskonsequenzen haben wird.

Der Geburtenrückgang erweist sich damit als Ausdruck grundlegend veränderter Lebensstile, wie sie mit einem Wertewandel verbunden sind, der gegenwärtig in unserer im Übergang zu postindustriellen Bedingungen stehenden Gesellschaft zu beobachten ist. Dieser Wandel ist in der Grundtendenz inhaltlich konkret durch einen deutlichen Rückgang des Gewichts der sog. Selbstzwang- und Selbstkontrollwerte (auch Pflicht- und Akzeptanzwerte genannt) bei gleichzeitigem deutlichen Anstieg des Gewichts der sog. Selbstentfaltungswerte charakterisiert (vergl. H. Klages, Man. "Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland", 1983). In das Umfeld der schrumpfenden Pflicht- und Akzeptanzwerte gehören als für das generative Verhalten wohl besonders relevant: "Pflichterfüllung", Anpassungsbereitschaft", "Gehorsam" u.ä.

Selbstentfaltungswerte demgegenüber sind u.a. zu kennzeichnen - in Bezug auf die Gesellschaft - durch "Privatheit", "instrumentelle (d.h. nüchtern-kalkulatorische) Einstellung", "Emanzipation" (von Autoritäten) sowie - in Bezug auf die eigene Person - u.a. durch "Selbstverwirklichung", "Unabhängigkeit", "Eigenverantwortlichkeit". In diesem Prozeß eines Wertewandels treffen wir auf ganz spezifische Antworten auf Herausforderungen einer neuen Lebenslage. Wenn im Horizont heutiger Lebensorientierung z.B. "Selbstverwirklichung" als ein hoher Wert gilt, so ist dies, wie H. Lübke dargelegt hat, im Kontext allgemeinerer sozial-kultureller Entwicklungen zu sehen: Selbstverwirklichung gewinnt danach in demselben Maße an Gewicht, in dem die Anforderungen an unsere Selbstbestimmungsfähigkeit über die Ausdehnung von Dispositionsfreiräumen objektiv zunehmen.

Unverkennbar sind im Zuge dieses Wertewandels Wandlungen in den wert- und sinnbesetzten Lebensentwürfen des einzelnen auch derart eingetreten, daß "Kinderhaben" in einem breiter gewordenen Ansatz konkurrierender Sinngehalte des Lebens und alternativer Lebensentwürfe relativ an Bedeutung einbüßt - einfach dadurch, daß solche konkurrierenden Alternativen bestehen, besser erkannt und realisiert werden können. Kinderhaben wird für den verheirateten Menschen von einer "fraglosen Selbstverständlichkeit" zu einer möglichen Sinnerfüllung des Lebens. Dies gilt gerade auch im Hinblick auf das Selbst- und Rollenverständnis der Frau (mit mehr oder minder korrespondierenden Wandlungen in der Einstellung von Männern zur Rolle der Frau), für die die Aufgabe als Mutter mehr und mehr nur als eine unter mehreren Aufgaben gilt, Kinderhaben mehr und mehr in Konkurrenz mit einem Angebot an gleichfalls Selbstbestätigung bietenden weiteren Möglichkeiten der Lebensentfaltung gerät. Solche Alternativen schließen Kinderhaben zwar nicht notwendig aus (für den Mann seit jeher noch weit weniger als für die Frau), aber sie relativieren tendenziell die lebenssinnstiftende Bedeutung von Kindern.

6) Insgesamt muß das generative Verhalten als eng in den gesamten Gesellschaftsprozeß eingebunden gesehen und maßgeblich aus den gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen wie aus den damit einhergehenden geistigen Wandlungen heraus verstanden werden. Hier ist daran

zu erinnern, wie sehr die Entwicklung unserer gegenwärtigen Gesellschaft durch ein ungewöhnlich breites Anwachsen von Entscheidungs- und Handlungsfreiräumen des einzelnen auf verschiedensten Lebensgebieten gekennzeichnet ist. Selbstbestimmtes Handeln ist angesichts einer gewandelten Lebenslage auf vielfältige Weise geradezu herausgefordert. Das generative Verhalten und damit die Größe der eigenen "Fortpflanzungsfamilie" gehört heute ganz betont zu den stark selbstbestimmungsabhängigen Lebensbereichen.

Dabei ergibt sich nun aber ein weiterer sehr wichtiger Befund: Mit einer Sichtweise, die von einem "Kinderwunsch" ausgeht (den man sich erfüllen kann oder auch nicht), greift eine hochgradig subjektivistische Betrachtungsweise Platz, die ihrerseits an sehr unterschiedlichen Wertvorstellungen orientiert sein kann und in einer wertpluralistischen Gesellschaft auch orientiert ist. Es geht bei diesem Befund nicht eigentlich um die unterschiedlichen wertbesetzten Lebensentwürfe (mit ihren je spezifischen Lebenszielen) als solche, sondern es geht auf einer vorgelagerten Ebene der Betrachtung darum, daß generatives Handeln sehr entschieden in den Raum privater Verfügbarkeit, ja im Grunde "Beliebigkeit" hineingenommen wird. Es gibt hier praktisch keine überindividuellen (gesellschaftlichen) Festlegungen des einzelnen; sein generatives Handeln bleibt weitestgehend ungeregelt durch entsprechende Normierungen, etwa des Staates oder gesellschaftlicher Einrichtungen (Kirchen u.ä.).

Wir kommen bei der Analyse des uns interessierenden Phänomens zu einem Ergebnis, das auch praktisch-politisch von großer Tragweite ist: Elternschaft kann letztlich erst dadurch in fundamentale Konkurrenz zu anderen Lebenszielen treten, daß gleichzeitig die Fraglosigkeit des Kinderhabens für verheiratete Paare schwindet. Erst dort, wo Elternschaft prinzipiell auf die gleiche Ebene rückt wie "andere" Lebensziele, kann es überhaupt zur Konkurrenzsituation kommen. Erst dort, wo Kinderhaben sehr betont oder gar ausschließlich als Bedürfnis der eigenen persönlichen Entfaltung - vielleicht sogar von Selbstverwirklichung - gesehen wird, muß sich besonders pointiert die "Alternativ-Problematik" in der Maße stellen, in dem es (auch) andere Möglichkeiten zur Persönlichkeitsentfaltung gibt. Ins Ökono-

mische gewendet: die Kinderzahl gehört nun nicht (mehr) zu den "sozial gebundenen Aufwandsteilen", um an eine Formulierung von Gerh. Mackenroth anzuknüpfen, die bei ihm freilich in etwas anderem Kontext steht, nämlich im Blick auf die "Aufwandskonkurrenz" in den modernen Wohlstandsgesellschaften. Die Kinderzahl kann eben nur dort unter die "sozial nicht gebundenen und damit rationell noch beschränkbaren Aufwandsteile" (auf die von einer "alle Schichten durchsäuernden Aufwandskonkurrenz" ein ständiger Druck ausgehe) fallen, wo eine mehr oder weniger große Kinderzahl nicht von vorneherein gesellschaftlich normiert ist. Gegenwärtig bleibt es für verheiratete Paare eine offene, selbst zu treffende Entscheidung, ob in der Ehe überhaupt Kinder hinzutreten sollen, die Ehe sich also zur Familie erweitert; Elternschaft wird - im Rahmen biologischer Möglichkeiten - keineswegs mehr generell als zur Ehe grundsätzlich dazugehörig gesehen. Familie ist insofern grundsätzlich abgekoppelt von Ehe, sie wird dies künftig faktisch wohl noch mehr sein als bisher, worauf der ansteigende Anteil der zeitlebens kinderlos bleibenden Ehen hindeutet. (Der andere Aspekt der Entkoppelung von Ehe und Familie wird mit den nichtehelichen Lebensgemeinschaften bezeichnet, die in zunehmendem Maße vor allem in Skandinavien auch Kinder umfassen.)

Ein Kind bzw. mehrere Kinder zu haben, ist so inzwischen ungleich stärker dem subjektiven Ermessen unterworfen. Wo Kinderhaben in Konkurrenz mit einer Vielfalt anderer Erwartungen des einzelnen tritt - die an Produktion und Konsum orientierten Industriegesellschaften werden verschiedentlich geradezu in einem Sog der "Revolution der steigenden Erwartungen" gesehen -, geht damit offensichtlich ein Wandel in der Einstellung zur Weitergabe des Lebens einher. Längst ist die Auffassung, Kinder mehr oder minder schicksalhaft zu empfangen, abgelöst von der willentlichen Bestimmung von Zahl und zeitlichem Abstand der Geburt der Kinder.

An einer älteren, von Mackenroth verwandten Systematik von Einflußfaktoren auf das generative Verhalten orientiert, könnte man auch sagen: Einflußfaktoren, die dem Bereich des "sozialen Dürfens und Sollens" zugehören, treten weitestgehend bzw. völlig zurück, während diejenigen Einflußfaktoren, die dem Bereich des "individuellen Wol-

lens" zugehören, sich verabsolutieren. Im Feld dieser hoch individuellen Entscheidungen - außerhalb jeglicher gesellschaftlicher Festlegungen - gewinnen situative Gegebenheiten ein erheblich größeres Gewicht und sind individuelle Reaktionen darauf, unter dem Einfluß von u.U. wechselnden und wenig miteinander zu vereinbarenden Leitbildangeboten, auch wenig kalkulierbar.

7) Bei der sichtbar gewordenen Frage nach der Elternschaft in Konkurrenz zu anderen Lebenszielen stoßen wir somit auf einen tiefer reichenden Befund, der sich wie folgt zusammenfassen läßt:

Generatives Verhalten rückt - wie übrigens anderes menschliches Verhalten auch - tendenziell aus umgreifenderen, überindividuellen, "objektiven" Sinnbezügen mit Forderungscharakter gegenüber dem einzelnen heraus. An die Stelle überindividueller Sinnzusammenhänge treten hoch subjektive, individuelle Grundpositionen. Dieser Prozeß der "Emanzipation" aus gesellschaftlichen Vorgaben ist soweit fortgeschritten, daß in der bevölkerungswissenschaftlichen Diskussion mit mehr oder weniger großem Erstaunen die Ansätze zu einer Entwicklung registriert werden, bei der die Fruchtbarkeit nachhaltig und auf Dauer, strukturell hinter der Sterblichkeit zurückbleiben könnte, was am Ende auf einen kumulativen Schrumpfungsprozeß mit allen individuellen und gesellschaftlichen Konsequenzen hinausliefe.

Der Vorgang, auf den wir hier stoßen, führt uns möglicherweise tief in Grundverständnisse von Mensch und Gesellschaft hinein: Müssen wir nicht einen möglichen Zusammenhang annehmen, über den bisher kaum nachgedacht worden ist, einen Zusammenhang nämlich zwischen dem generativen Verhalten und der Antwort auf die Frage, inwieweit der Gesellschaft ein überindividueller Sinn zukommt, der zugleich ein Maßstab für die Sinnerfüllung des einzelnen wäre?

Bejaht man eine Einbeziehung des einzelnen in eine Sinnerfüllung des gesellschaftlichen Ganzen, so werden sich auch für das generative Verhalten deutlich andere Konsequenzen ergeben als bei solchen gesellschaftstheoretischen Grundpositionen, die einen überindividuellen Sinn von Gesellschaft bestreiten. Möglicherweise wird am Beispiel des

veränderten generativen Verhaltens nur der hochgradige Individualismus manifest, der weite Teile unserer Gesellschaft im Kern befallen zu haben scheint. Tendenziell beobachten wir ein mehr oder minder deutliches Auseinanderfallen der individuellen Interessen der einzelnen Paare und des Wohles der Gesamtheit, von "persönlichem Interesse" und "gesellschaftlichem Interesse", von individueller und gesellschaftlicher Rationalität. Selbstverständlich sind Entscheidungen für oder gegen Kinder in besonders ausgeprägtem Maße persönliche Entscheidungen, aber in ihren objektiven Konsequenzen sind sie gesellschaftlich hochgradig relevant. "Individuelles Glück" und "gesellschaftliche Wohlfahrt", schon allein durch unterschiedliche Zeithorizonte gekennzeichnet, fallen keineswegs notwendig zusammen. Der einzelne kann u.U. mit nur 1 Kind sein individuelles Glück maximieren, verallgemeinert wäre damit dem Allgemeininteresse wohl kaum gedient.

Die damit - im Unterschied etwa zu historisch vorausgegangenen Epochen - sichtbar werdende unterschiedliche Festlegung des generativen Verhaltens durch gesellschaftliche Instanzen hat jüngst K.M. Bolte (1983) zu einem konstitutiven Element für die Konstruktion unterschiedlicher Gesellschaftstypen mit je spezifischen "Faktorstrukturen generativen Verhaltens" genommen. Im Anschluß daran ließe sich, orientiert an der städtisch-industriellen Bevölkerung in Westeuropa, ein Gesellschaftstyp ausmachen, indem die Entscheidung für oder gegen Kinder dem einzelnen allein überlassen ist; es gibt weder staatliche noch kirchliche mehr oder minder verbindliche Leitbilder in Richtung auf eine bestimmte Kinderzahl, so daß es eher von zufälligen Konstellationen der Biographie des einzelnen abhängt, ob er diese oder jene "Kinderwünsche" ausbildet. Dabei erweisen sich bestimmte Lebensbedingungen im Wirtschafts- und Arbeitsleben, in Gesellschaft und Kultur als wirksame Hemmnisse dagegen, durchaus vorhandene individuelle Interessen an Kindern (Erlebnis der Elternschaft; Eigenwert von Kindern, aber auch deren Wert im eigenen Alter u.ä.) zu verwirklichen. Für Bolte gehört dieser Befund hinsichtlich des generativen Verhaltens zu einer Faktorstruktur, die eine ausgeprägte Tendenz zu Fruchtbarkeitswerten unterhalb des Reproduktionsniveaus enthält.

Auf dem Hintergrund dieses sehr fruchtbaren Denkansatzes lassen sich somit unterschiedliche Gesellschaftstypen ausmachen, die sich durch je unterschiedliche gesellschaftliche Überformungen des generativen Verhaltens unterscheiden. Dem in Anlehnung an die gegenwärtige städtisch-industrielle Bevölkerung in Westeuropa skizzierten Bevölkerungstyp geht in dem hier angesprochenen Schema ein Gesellschaftstyp voraus, der sich historisch in Anlehnung an die ländliche Bevölkerung im spätmittelalterlichen Mitteleuropa verorten ließe. Fortpflanzung wird hier nur in Ehen zugelassen, innerhalb der Ehe aber wird die Fruchtbarkeit relativ weitgehend ausgeschöpft. Wichtig erscheint, daß es Leitbilder und Gesetze von moralisierenden Instanzen (Staat und Kirche) gibt, die das generative Verhalten regeln. Die Entscheidung für oder gegen Kinder liegt damit nicht in der Zuständigkeit des einzelnen, sondern ist überindividuell bestimmt und hängt von der dem einzelnen zugewiesenen "Rolle" in der Gesellschaft ab.

Diese modelltheoretische Vertiefung sehr unterschiedlicher Einbettungen des generativen Verhaltens in individuelle und gesellschaftliche Bezüge führt nun zu der ebenso interessanten wie familienpolitisch bedeutsamen Frage, ob nicht in Richtung eines Gesellschaftstyps weiter gedacht werden kann und vielleicht sogar muß, in dem bei aller individuellen Freiheit im Bereich der generativen Entscheidungen dennoch zugleich gesamtgesellschaftliche Aspekte angemessen ins Spiel gebracht werden. Wie also könnten die (fiktiven) "Beispiele für Faktorstrukturen generativen Verhaltens", wie sie K.M. Bolte mehr retrospektiv in historischer Sicht vorgestellt hat, um ein zukunftsorientiertes Beispiel erweitert werden, in dem generatives Verhalten nicht völlig aus überindividuellen Sinnbezügen herausgelöst ist, der einzelne sich in seiner freien Entscheidung vielmehr auch gesellschaftlichen Erwartungen gegenüber sieht? Diese Frage stellt sich umso unerbittlicher dort, wo ein strukturell sehr weit unterhalb des Reproduktionsniveaus zurückbleibendes generatives Verhalten wegen seiner gesamtgesellschaftlichen Tragweite offensichtlich nicht dem allgemeinen Wohl entspricht. Wie kann hier eine größere Ausgewogenheit von individuellen und gesellschaftlichen Interessen gewährleistet werden? Kann überhaupt etwas in dieser Richtung getan werden, was mit unserer freiheitlichen Grundordnung vereinbar ist?

Welche Konsequenzen ergeben sich gegebenenfalls für die Gesamtanlage einer Familienpolitik, die sich als gesellschaftsgestaltende Politik versteht?

(3) Bedeutung für eine auch demographisch akzentuierte, generationen-solidarische Familienpolitik

Vergegenwärtigen wir uns nochmals kurz die Problemlage: In unseren fortgeschrittenen Industriegesellschaften hat sich generatives Verhalten langsam, aber sicher aus überindividuellen Sinnbezügen freigesetzt. Es wird von den einzelnen immer weniger akzeptiert, sich vorbehaltlos an überindividuellen Sinnbezügen zu orientieren. Die heute viel beschworene Sinnkrise hatte möglicherweise im Bereich des generativen Verhaltens längst begonnen, ehe sie an weniger personalen Zonen offen zu Tage trat. Man wird wohl nicht sagen können, daß solche überindividuellen Sinnbezüge durchgängig und pauschal geleugnet werden; zumindest aber will der einzelne sie einsehen. Infolgedessen ist er auf jeden Fall immer weniger bereit, in seinem generativen Verhalten "gesellschaftliche Vorgaben" einfach hinzunehmen. Je nach dem Grad der individualistischen Grundausrichtungen kann es dabei freilich auch dazu kommen, solche über das eigene "Selbst" hinausreichende Orientierungs- und Bezugspunkte, wie sie sich aus dem wohlverstandenen Interesse des gesamtgesellschaftlichen Zusammenlebens ergeben können, schlechthin zurückzuweisen.

In den überkommenen gesellschaftlichen Kontexten war generatives Verhalten weit weniger dem subjektiven Ermessensspielraum des einzelnen anheim gegeben. Es gab etwa einen durch religiöse Rückbindungen oder durch eine nationale Grundgestimmtheit charakterisierten Bezugsrahmen, aus dem heraus eine fruchtharkeitsbejahende Grundeinstellung erwuchs. In gewissem Sinne gehört hierhin auch noch die im Leben von Thomas Mann nachweisbare Position: "Kinder hat man zu haben".

Solche das generative Verhalten prägenden Gegebenheiten sind nunmehr in der ganzen Breite der Gesellschaft immer mehr ersetzt durch Gegebenheiten, nach denen die Entscheidung für oder gegen Kinder dem einzelnen völlig überlassen ist, ohne daß dieser sich an überindividuel-

len Leitbildern offiziellen Charakters in Richtung auf Kinderzahlen orientieren könnte. Allenfalls mögen hier noch statistische Durchschnitte für den einzelnen zur Norm geraten; dies aber kann, wie die gegenwärtige demographische Entwicklung z.B. in der deutschen Bevölkerung zeigt, höchst unzureichend sein. Hier können sich u.U. für den einzelnen "Vorgaben" ganz anderer Art ausprägen - so z.B. auch Modeströmungen -, die dann sogar untereinander konkurrieren können, sich aber grundlegend unterscheiden von Vorgaben seitens lebenssinnstiftender gesellschaftlicher Instanzen.

Die zentrale Frage lautet nun: Wie kann - vielleicht unter postindustrialgesellschaftlichen Bedingungen - ein alternativer Gesellschaftstyp aussehen, der gesamtgesellschaftlich befriedigendere "Faktorenstrukturen generativen Verhaltens" aufweist, nämlich solche, die durch eine größere Ausgewogenheit von individueller und gesellschaftlicher Rationalität charakterisiert sind?

Eine Rückkehr zu einer Gesellschaft mit überindividuellen, gesellschaftlichen Festlegungen des einzelnen hinsichtlich der Kinderzahl erscheint gar nicht erst diskutabel. Eine Antwort auf die gestellte Frage könnte wohl prinzipiell nur in der Richtung liegen, daß die individuellen Entscheidungen im generativen Bereich persönlich zu verantwortende Entscheidungen bleiben, die ihrerseits freilich nicht so betont im Horizont individuumbezogener Präferenzen getroffen werden, sondern als "personale" Entscheidungen der Individual- und Sozialnatur des Menschen gleichermaßen entsprechen. Die Frage der Kinderzahl läßt sich aus guten Gründen nicht mehr aus dem individuellen Entscheidungshorizont hinausverlagern. Es gilt heute als ein grundlegendes Recht, daß die einzelnen (Ehe-)Paare frei, verantwortlich und informiert über die Zahl ihrer Kinder und den zeitlichen Abstand der Geburten entscheiden. Dieses grundlegende Recht ist bekanntlich durch eine Ergänzung der Menschenrechtserklärung in Teheran 1968 sogar in den Rang eines Menschenrechts erhoben worden (und in einem wichtigen Kerngehalt jüngst in die vom Vatikan vorgelegte "Charta der Familienrechte" (Okt. 1983) aufgenommen worden). Dieses Grundrecht ist hochzuhalten. Was freilich aus diesem menschlichen Grundrecht auch folgt, ist der politische Auftrag, darauf hinzuwirken,

daß diese generativen Entscheidungen auch wirklich frei, verantwortlich und informiert getroffen werden können. Dies erfordert eine Familienpolitik, die auf der einen Seite dem einzelnen Ehepaar die Freiheit der Entscheidung zu mehreren Kindern materiell und sozial wirksam abzusichern sucht, auf der anderen Seite die Beratungen und Hilfen gewährleistet zur Begrenzung der Kinderzahl, wo immer Eltern dies wünschen - beides muß integraler Bestandteil einer systematischen Familienpolitik sein.

Auf diesem Problemhintergrund ergeben sich mehrere Ansatzpunkte einer strukturgestaltenden Familienpolitik:

Zunächst einmal muß es darum gehen, vielfältigste "Barrieren" abzubauen, die sich - sicherlich meist ungewollt und insoweit als Ergebnis gedankenlosen politischen Handelns - für junge Paare dort auf-türmen, wo diese sich für ein (weiteres) Kind entscheiden wollen. In weiten Teilen der jungen Generation dürfte der Wunsch nach Kindern, und zwar auch nach mehreren Kindern, durchaus vorhanden sein. Dies zeigen immer wieder einschlägige Befragungen, die - mögen sie im Einzelfall auch nicht repräsentativ sein - doch symptomatisch sind: Auf ihre Zukunft hin befragt, unterstreicht z.B. eine Gruppe von 16- bis 18jährigen Schülerinnen eines Bonner Gymnasiums durchgängig, daß sie sich unabhängig von ihrem angestrebten Beruf Kinder wünschen, für die sie den Beruf auch für mehr oder weniger lange Zeit zu unterbrechen bereit seien. Aber wie werden diese noch jungen Mädchen einmal reagieren, wenn sie die wahren Probleme der (mangelnden) Vereinbarkeit unmittelbar erleben? Also etwa angesichts einer Doppel- und Dreifachbelastung (bei gleichzeitig fehlender Rollenflexibilität des Ehepartners), eines mehr oder minder radikalen, wenn auch vorübergehenden Bruchs in der beruflichen Entwicklung (bei gleichzeitig empfindlichen Abstrichen in der eigenen "Rentenbiographie"), eines zu wenig mit flankierenden Hilfen unterstützten Wiedereintritts in das Berufsleben oder einer unzureichend anerkannten neuen Tätigkeit in den Feldern des sozialen Engagements? Werden sie auch dann noch Familie und Kinder vorübergehend wichtiger finden als den Erwerbsberuf? Zweifel sind hier angebracht, wie Ergebnisse anderer Umfragen bei bereits erwerbstätigen jungen Frauen zeigen. Jüngste Entwicklun-

gen in den Vereinigten Staaten deuten verstärkt darauf hin, daß die nachwachsenden Frauengenerationen auf beides - und die Realisierung weiterer Lebensansprüche dazu - nicht verzichten möchten. (Sehr anschaulich kommt dies in dem Buchtitel "To have it all together" zum Ausdruck.)

Insoweit geht es also darum, Freiräume zu schaffen auch für generatives Handeln, zu verhindern, daß Entscheidungen für Kinder vorzeitig verschüttet werden. Die Hemmnisse sind im einzelnen unterschiedlicher Art: Wie die einschlägige Forschung vielfältig belegt, handelt es sich um wirtschaftliche Benachteiligungen - sei es im Pro-Kopf-Einkommen als einem wichtigen Indikator des Lebensniveaus, sei es in der rentenversicherungsrechtlichen Absicherung von Zeiten der Kleinkindversorgung - ebenso wie um fehlende soziale Hilfen, um Probleme einer familiengerechten Wohnungsversorgung ebenso wie um eine mangelnde Familienorientierung der Arbeitswelt. Zusammenfassend mag es an dieser Stelle genügen, den in familienpolitischer Hinsicht sicherlich nicht von vornherein als "Partei" abzustempelnden Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium zu zitieren, der in seinem Gutachten über die wirtschaftspolitischen Implikationen des Bevölkerungsrückgangs (Bonn 1980, Ziffer 70) feststellt: "In der Vergangenheit hat sich in den einzelnen politischen Bereichen eine ungewollte Kumulation von Anreizen ergeben, auf Nachkommenschaft zu verzichten."

Barrieren wegzuräumen, die der Realisierung von Kinderwünschen im Wege stehen, ist ein unverzichtbares Element einer demographisch akzentuierten Familienpolitik. Aber ist es auch ausreichend, wenn es darum geht, gesamtgesellschaftlich befriedigende demographische Strukturen dauerhaft zu sichern? Es muß jedenfalls mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß, solange gesellschaftliche Bezüge mehr oder minder ausgeblendet sind, unter dem Einfluß von Kalkülen, in die vorwiegend die privaten Folgen der individuellen Entscheidungen für oder gegen Kinder eingehen, die Vielzahl der einzelehelichen generativen Entscheidungen noch nicht jene demographische Entwicklung gewährleistet, die im Fadenkreuz gesellschaftlicher Rationalität als erwünscht erscheint. Vorstellungen darüber sollten sich im Regelfall

in Zielvorstellungen über den quantitativen Bevölkerungsprozeß wiederfinden, wie sie sich in einem Gemeinwesen im demokratischen Rückkopplungsprozess herausbilden können und verschiedentlich auch herausgebildet haben.

Damit stellt sich die Frage, inwieweit es vertretbar erscheint, durch eine entsprechende gesellschaftliche Ordnungspolitik die Rahmenbedingungen für das generative Verhalten dauerhaft so zu gestalten, daß die persönlichen Bedürfnisse und Lebensziele einerseits und die gesellschaftlichen Belange mit ihrer Gemeinwohlrelevanz andererseits möglichst eng zusammenfallen. Maßnahmen, die die Freiheit der einzelnen Paare in ihrer generativen Entscheidung beeinträchtigen, können verständlicherweise nicht akzeptiert werden; bleibt dann aber nicht der Versuch, die dem generativen Handeln zugrunde liegenden Motivationen zu verändern? In der einschlägigen Diskussion ist dies auch auf die Formel gebracht worden, ob es über den Abbau von Barrieren zur Verwirklichung von "eigentlich vorhandenen Kinderwünschen" hinaus auch vertretbar sei, den Kinderwunsch als solchen zu beeinflussen, und zwar im Sinne einer Anhebung der gewünschten Kinderzahl. Was ein "eigentlicher Kinderwunsch" ist, bleibt dabei freilich etwas im Dunkeln. Halten wir uns stattdessen doch lieber an den Sachverhalt, mit dem wir es nachweislich zu tun haben, nämlich an Entscheidungen der einzelnen Paare, die unter konkreten Rahmenbedingungen der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturordnung für oder gegen Kinder fallen. Diese Entscheidungen werden durch einen gezielten Abbau von Hindernissen und Barrieren und ein planvolles Hinwirken auf familien- und kindgemäße Lebensbedingungen sicherlich beeinflusst, wenn auch mittelbar. Die Beeinflussung als solche kann also nicht das Problem sein; dieses besteht vielmehr darin, daß diese Beeinflussung transparent sein und bleiben muß, also nicht manipulativ sein darf, den freien Willen des einzelnen außer Kraft setzend, und damit den personalen Charakter einer solchen zentralen Entscheidung nicht aufhebt. Was hier desweiteren geboten erscheint, bisher jedoch weithin fehlt, ist eine umfassende demographische Information und Bildung. Diese Aufgabe kann unter dem Stichwort der "population education" gefaßt werden. Um was geht es dabei im mehr Grundsätzlichen?

Wenn man von herkömmlichen normativen Grundlagen im generativen Bereich mit mehr oder minder verbindlichen Vorgaben durch kinderbejahende gesellschaftliche Instanzen weithin nicht mehr ausgehen kann, ist der einzelne bei seiner noch stärker auf sich gestellten eigenverantwortlichen Entscheidung um so mehr darauf angewiesen, sich auf entsprechende Information abzustützen. Muß doch der auf sich selbst gestellte einzelne die Normen seines Handelns mehr aus sich selbst finden, zumindest in größerer Unabhängigkeit von überindividuellen normsetzenden Instanzen. Hier hätte eine entsprechende demographische Information und Bildung anzusetzen, und zwar vor allem in der Ehe- und Familienbildung sowie im schulischen Bereich der jungen Erwachsenen (Sekundärstufe II).

Bisher ist der gedankliche Ansatz dieses Instruments im eigenen Land noch kaum entwickelt. Demgemäß ist auch der Stellenwert einer Auseinandersetzung mit demographischen Grundsachverhalten für pädagogisches Handeln nur unzureichend verdeutlicht. Hier liegen indessen wichtige Aufgaben einer künftigen Familienpolitik. Ein fundamentales Mißverständnis wäre es freilich in einer systematischen "population education" den Versuch zu sehen, von fälligen (materiell-wirtschaftlichen) familienpolitischen Maßnahmen abzulenken!

In jüngerer Zeit wird in der politischen Diskussion im eigenen Lande verschiedentlich von einer "bevölkerungsbewußten Gesellschaftspolitik" gesprochen, um sie von einer direkten "Bevölkerungspolitik" möglichst abzusetzen. So läßt sich etwa der starke Geburtenrückgang der jüngeren Vergangenheit mit Kinderzahlen weit unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus zumindest teilweise als Ergebnis individueller Reaktionen auf Gegebenheiten verstehen, wie sie sich auch aufgrund politischer Entscheidungen in den verschiedenen Ordnungsbereichen - von der Einkommensverteilung über das Wohnungswesen bis zur (Erwerbs-) Arbeitswelt - herausgebildet haben. Damit erscheint eine "bevölkerungsbewußte" Sichtweise, d.h. eine die Auswirkungen auf das Bevölkerungsgeschehen möglichst mitbedenkende Beurteilung gesellschaftspolitischer Maßnahmen nicht nur sinnvoll, sondern sogar als notwendig. Wie könnte sie aber sehr viel wirksamer unterstützt wer-

den als mittels einer demographischen Erziehung und Bildung, die gerade der Förderung der Bewußtheit gegenüber Bevölkerungsvorgängen dient? Mag diese freilich noch so gut angelegt sein, sie befreit das einzelne Paar nicht davon, sich selbst entscheiden zu müssen.

Und ein weiterer Aspekt: Wenn die generativen Entscheidungen als höchstpersönliche Entscheidungen zugleich in ihren objektiven Konsequenzen hochgradig gesellschaftlich relevant sind, gilt es zu sehen, daß der einzelne Entscheidungen trifft, deren Tragweite er u.a. wegen der spezifischen Langzeitwirkung demographischer Prozesse gar nicht voll übersehen kann. Seine Entscheidung beruht primär auf einem individuellen Kalkül, auf einer Abschätzung der persönlichen positiven und negativen Auswirkungen seines Verhaltens. Wiederum kann nicht (mehr) von der Wirksamkeit einer Instanz ausgegangen werden, die durch die von ihr mehr oder minder verbindlich postulierten Normen im Bereich des generativen Verhaltens dessen (auch längerfristigen) gesellschaftlichen Auswirkungen angemessen mitberücksichtigt. Damit verbundene traditionelle Verhaltensprägungen führten in bestimmter Hinsicht auch zu Entlastungen des einzelnen, der andererseits weniger in die persönliche Entscheidung gestellt war.

Wenn demgegenüber heute der einzelne sehr viel stärker persönliche Einsicht in die Tragweite seines generativen Verhaltens gewinnen muß und wenn seine Verantwortung stärker gefordert ist, verweist dies wiederum auf die Bedeutung einer demographischen Erziehung und Bildung, die auf verantwortungsbewußtes Verhalten des einzelnen abzielt. An dieser Stelle wird im übrigen eine oft vernachlässigte Dimension von "verantworteter Elternschaft" sichtbar. Sie dem einzelnen bewußt zu machen, bleibt eine wichtige familienpolitische Aufgabe. Eine "verantwortete" Entscheidung für Kinder als eine auch gesellschaftlich verantwortete Entscheidung wird dabei freilich stets durch den persönlichen "Akzeptanzfilter" gehen müssen, um wirklich bejaht zu werden. Die größere Gemeinschaft muß indessen wegen der auch gesellschaftlichen Folgewirkungen des generativen Verhaltens des einzelnen daran interessiert sein, daß sie, die den einzelnen im übrigen mitträgt, in ihren Grundlagen und in der Verwirklichung grundlegender gesellschaftlicher Wertentscheidungen durch das individuelle Verhalten nicht gefährdet wird. Daher muß sie unter den

neuen soziokulturellen Bedingungen demographische Bildung erst recht gewährleisten. Diese wird zum festen Bestandteil eines erst in Umrissen erkennbaren Systems von Faktorstrukturen generativen Verhaltens in einer Gesellschaft gehören müssen, die überdauern will. Für den einzelnen erscheint eine solche Orientierungshilfe gerade dort sinnvoll, wo sein Handlungsspielraum so sehr ausgeweitet ist und er mit größerer Wahrscheinlichkeit in Lebenslagen gerät, die er sich sehr maßgeblich selber zuzuschreiben hat.

Von daher wäre das Eingangszitat nochmals in Erinnerung zu rufen und, so verblüffend zutreffend es erschien, in der einen oder anderen Hinsicht vielleicht doch mit einem Fragezeichen zu versehen: Ist das Individuum z.B. wirklich frei, nach seinem "Gutdünken" zu wählen? Und welchen Einfluß sollte wiederum die Kulturordnung auf die rationale Entscheidung des einzelnen haben? Für die Gesamtanlage einer Familienpolitik als Teil der Kulturordnung sind dies sicherlich ebenso spannende wie nicht leicht zu beantwortende Fragen.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob nicht in der offiziellen Politik konkrete Zielvorstellungen über den als erwünscht angesehenen quantitativen Bevölkerungsprozess ausdrücklich benannt werden könnten, die dann auf der Mikroebene in zielfunktionale "Muster differenzierter Kinderhäufigkeiten" umzusetzen wären. Bei einer Orientierung an einer quasi-stationären Bevölkerungsentwicklung bedeutete dies z.B. (als ein denkbare Muster), daß von 100 Ehen 10 % kinderlos blieben, 10 % nur 1 Kind, 35 % 2 Kinder, 40 % 3 Kinder und 5 % 4 und mehr Kinder hätten. Die Gegenüberstellung mit den tatsächlichen Kinderhäufigkeiten ließe die Abweichung in der historischen Situation leicht erkennen und gäbe damit wichtige Hinweise für eine bevölkerungsbewußte Politik, wie sie als ein Aspekt die Familienpolitik mit prägen kann.

Dies können und dürfen keine Anweisungen an den Einzelnen sein, aber sie wären ein Orientierungshinweis für sein generatives Handeln. Daß dieser Hinweis sich aus gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen her ableitet, ist kein durchschlagender Gegeneinwand. Denn generatives Handeln ist immer auch Handeln von Personen, d.h. aber Handeln von

Menschen, die durch eine Individual- und Sozialnatur gekennzeichnet sind. Eine demographische Zielsetzung auf der Makroebene zu benennen und ihre Bedeutung für die damit in Übereinstimmung stehenden Kinderzahlen auf der Mikroebene aufzuzeigen, wäre wohl an sich bereits ein Stück politisches Handeln. Der Wert solcher Aussagen sollte nicht unterschätzt werden, werden damit doch Richtwerte und Orientierungshilfen angegeben auch für das Handeln des Einzelnen in seiner Gemeinschaftsbezogenheit und -gebundenheit. Die Freiheit seiner generativen Entscheidung kann und darf damit nicht aufgehoben werden, aber diese Entscheidung wird - durchaus in Übereinstimmung mit der Kodifizierung der Menschenrechte - insoweit noch mehr zur "informierten" Entscheidung und kann um so eher "verantwortlich" getroffen werden.

Es muß doch gefragt werden (dürfen), ob die einzelnen Paare - und damit letztlich die Gesellschaft selbst - nicht ein Stück weit vor der "Beliebigkeit" des generativen Handelns geschützt bleiben sollten, und zwar durch Orientierung an absehbaren grundwerterelevanten Konsequenzen. Für die damit angesprochene Verdeutlichung der Tragweite generativen Handelns, wie sie von einer "population education" mit zu leisten wäre, wird der Zusammenhang wichtig zwischen der Bevölkerungsentwicklung (als dem Ergebnis der Vielzahl der einzelehelichen generativen Entscheidungen) und der Verwirklichung von Grundwertentscheidungen des Gemeinwesens. Bisher ist es noch nicht in jeder Hinsicht überzeugend dargetan, daß etwa ein Nullwachstum der Bevölkerung eine für die Verwirklichung grundlegender Wertentscheidungen unseres Gemeinwesens notwendige Voraussetzung darstellt. Andererseits lassen die vorliegenden Einsichten recht eindeutig erkennen, daß bei einem solchen demographischen Prozeß (oder auch einem nur leicht rückläufigen, aber vor allem durch möglichst große Stetigkeit gekennzeichneten Bevölkerungsprozeß) gesellschaftliche Probleme sich minimieren und damit die Realisierung etwa von Solidarität innerhalb der und zwischen den Generationen, von sozialer Gerechtigkeit, von persönlicher Entfaltung insoweit erhebliche erleichtert wird. Die weitere Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung ist nur eines von zahlreichen Beispielen, auf die hier im einzelnen zu verweisen wäre.

Die schwierige Frage nach der Annäherung von individueller und gesellschaftlicher Rationalität und Interessenwahrnehmung läßt sich im vorliegenden Kontext somit nicht ausklammern. Die angesprochenen Ansatzpunkte im praktisch-politischen Handeln dürften mit einem Menschen- und Gesellschaftsverständnis, wie es auch dem Grundgesetz zu Grunde liegt, voll vereinbar sein. Auch hier geht es um eine Gratwanderung zwischen individualistischen und kollektivistischen Fehlentwicklungen. Wenn persönliches Interesse und gesellschaftliches Gesamtinteresse zu unmittelbar und unvermittelt miteinander verknüpft werden, erscheint der von staatlichem Eingriff freie Raum der persönlichen Entfaltung nicht genügend gesichert, wie das Beispiel totalitärer Gesellschaftssysteme allgemein zeigt, im vorliegenden thematischen Zusammenhang besonders etwa die auf regide Durchsetzung der 1-Kind-Familie ausgerichtete gegenwärtige Familienpolitik in der VR China. Fallen sie einfach auseinander, muß die Gemeinschaft aller auf Dauer Schaden nehmen. Sicherlich ist einer am Gemeinwohl orientierten Politik (wie problematisch es auch konkret zu definieren sein mag) am humansten gedient, wenn die individuellen Vorstellungen der einzelnen Paare mit den Ansprüchen des Gemeinwohls auf freiwilliger Grundlage übereinstimmen.

Damit werden nicht geringe Aufgaben einer umfassenden, um Dimensionen über eine reine Kindergeldpolitik hinausreichenden Familienpolitik sichtbar, die auf ihre Weise dazu beiträgt, ein System von Bestimmungsfaktoren des generativen Verhaltens auszuprägen, unter dessen Einfluß das Fruchtbarkeitsniveau nicht von vornherein dauerhaft weit unter dem Reproduktionsniveau zurückbleibt. Das generative Verhalten ist in dieser Sicht durchaus im Rahmen individueller Entscheidungen verankert, gleichwohl kommen gesamtgesellschaftliche Belange als Orientierungs- und Einflußfaktoren ins Spiel. Es wird vermieden, daß die gesellschaftlich so relevanten Entscheidungen für oder gegen Kinder völlig dem Einzelnen überlassen werden, von dessen Biographie mit ihren je gegebenen Konstellationen in Verbindung mit gesellschaftlichen Lebensbedingungen es sonst abhängt, inwieweit er überhaupt "Kinderwünsche" ausbildet und realisiert. Insoweit eine Änderung des generativen Handelns erwünscht erscheint, kann dies freilich nur erwartet werden, wenn zugleich die entsprechenden Rand- oder Rah-

menbedingungen in Gesellschaft und Wirtschaft gegeben sind, die ein solches verändertes Verhalten begünstigen.

Eines sei zum Abschluß freilich unmißverständlich festgehalten: Eine nachhaltige Veränderung im generativen Verhalten nachrückender Heiratsjahrgänge setzt - neben unentbehrlichen flankierenden Maßnahmen in der Sozial- und Arbeitspolitik, aber auch der Wirtschafts- und Bildungspolitik - eine Wandlung grundlegender Wert- und Normorientierungen in der Gesellschaft voraus. Sie kann durch eine demographische Information, Bildung und Erziehung mit angestoßen werden. Letztlich wird sie von gesellschaftlichen Eliten als den eigentlichen "Agenten des Wandels" maßgeblich mit getragen werden müssen. Sie bleibt freilich um so schwieriger durchzusetzen, als die generativen Verhaltensnormen integraler Bestandteil der gesamten Sozialstruktur sind. Insofern läuft eine nachhaltige Korrektur des Fruchtbarkeitsverhaltens auf eine Gesellschafts- und Familienpolitik hinaus, die sich als zukunftsorientierte gesellschaftliche Strukturpolitik zu erweisen hat - als strukturgestaltende Politik, die im politischen wie sozialpädagogischen Ansatz partiell auch eine Korrektur kultureller, sozialer und ökonomischer Strukturen einer Gesellschaft zum Ziel haben muß, die sich anschickt, in eine nachindustrielle Entwicklungsphase einzutreten. Diese läßt sich mit Kennzeichnungen wie "Dienstleistungsgesellschaft", "Freizeitgesellschaft" oder "mobile Informationsgesellschaft" nur erst unvollkommen beschreiben. Sie wird eine humane Gesellschaft indessen nur in dem Maße sein und bleiben können, in dem sie den Familien als ganzen und ihren einzelnen Mitgliedern - Vätern, Müttern, Kindern, aber auch dem alten Menschen in der Familie - Raum zur freien und zugleich solidarischen Entfaltung gibt.

Weiterführende Literaturhinweise

Bolte, K. M.: Plädoyer für die Suche nach Faktorstrukturen generativen Verhaltens; in: Beiträge aus der bevölkerungswissenschaftlichen Forschung; Rupp, S., Schwarz, K. (Hrsg.), Boppard/Rhein: Boldt, 1983. - S. 11-23, Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Bd. 11

Dritter Familienbericht: Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland; Bundestagsdrucksache 8/3121; Bonn, 1979

Frank, E.: Ausländische Haushalte - ihre Verweildauer und Rückkehrpläne; Baden- Württemberg in Wort und Zahl, 30, 1982, 7. - S. 226-231

Gesellschaft für Sozialen Fortschritt: Bevölkerungsentwicklung und nachwachsende Generation ; Stuttgart u.a.: Kohlhammer, 1980; Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 93

Mackenroth, G.: Bevölkerungslehre; Berlin u.a.: Springer, 1953

Miller, A.: Kultur und menschliche Fruchtbarkeit; Stuttgart: Enke, 1982

Müller, A.: Das generative Verhalten der ausländischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen; Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, 35, 1983, 3. - S. 491-502

Wingen, M.: Rahmensteuerung der Bevölkerungsbewegung als gesellschaftspolitische Aufgabe; in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament") B 55/77, 31.12.1977. - S. 3-19

ders.: "Population education" als bevölkerungspolitische Aufgabe; Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 6, 1980, 3/4. - S. 273-294

ders.: Kinder in der Industriegesellschaft - wozu? Analysen - Perspektiven - Kurskorrekturen; Zürich: Edition Interfrom, Osnabrück: Fromm, 1982

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft: Wirtschaftspolitische Implikationen eines Bevölkerungsrückgangs, Bonn 1980 (hekt.)
